

Deutschland unter der Lupe



IW-Regionalranking. Der Großraum München hat laut aktuellem Regionalranking der IW Consult erneut das höchste Wirtschaftsniveau in Deutschland, lediglich die Region Frankfurt weist ähnlich gute Ergebnisse auf. Besonders dynamisch entwickelt haben sich allerdings einige Städte im sonst wirtschaftlich eher schwachen Ruhrgebiet und im Norden der Bundesrepublik – allen voran die Hafenstadt Kiel. Welche Maßnahmen eine positive Stadtentwicklung begünstigen können und welche Faktoren eine Stadt für Unternehmen und Menschen attraktiv machen, erläutert Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer im iwd-Interview. —→ [Seiten 2-5](#)

Konsumausgaben

Wie viel Eltern in Deutschland für ihre Kinder ausgeben, hängt stark von deren Alter ab. Aber auch die sozialen Verhältnisse spielen eine große Rolle.

—→ [Seiten 6-7](#)

Ukraine

Die Ukraine möchte möglichst bald Mitglied der EU werden. Die wirtschaftlichen Kriterien für einen Beitritt kann das Land allerdings vorerst kaum erfüllen.

—→ [Seiten 8-10](#)

Die neuen Aufsteiger



IW-Regionalranking. Bayern dominiert weiterhin den Niveauvergleich des Regionalrankings der IW Consult, vor allem am Großraum München führt wirtschaftlich kein Weg vorbei. Viele Städte und Kreise im bislang eher schwachen Westen und Norden Deutschlands haben sich in den vergangenen zwei Jahren allerdings sehr dynamisch entwickelt und holen auf.

Im Süden nichts Neues: Wie bereits in den vergangenen Jahren belegt der Landkreis München – also jener Landkreis, der im Norden, Osten und Süden die Stadt München umschließt – den ersten Platz im Niveauvergleich des IW-Regionalrankings. Das Ranking untersucht und

bewertet den Erfolg aller 400 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland anhand der Wirtschaftsstruktur, des Arbeitsmarktes und der Lebensqualität.

Der Landkreis München punktet vor allem mit exzellenten Bedingungen für die lokale Wirtschaft. Das

ermöglicht eine hohe Kaufkraft und eine geringe Arbeitslosigkeit. Die räumliche Nähe zu Universitäten und ein hoher Anteil an wissensintensiven Dienstleistungen wie Forschung oder Wirtschaftsprüfung führen dazu, dass viele Beschäftigte hochqualifiziert sind und die Beschäftigungsquote von Frauen über dem bundesweiten Durchschnitt liegt. Zudem profitiert das Gebiet von einer niedrigen Gewerbesteuer, einer hohen Steuerkraft und einem positiven Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen.

Wie groß die Vormachtstellung des Großraums München ist, zeigen die weiteren Spitzenplätze (Grafik):

Neben dem Landkreis München landen auch die Stadt München, der angrenzende Landkreis Starnberg sowie die Landkreise Miesbach und Ebersberg in den Top Ten des aktuellen IW-Regionalrankings.

Insgesamt liegen acht der zehn Spitzenplätze in Bayern. Die Dominanz des Freistaats wird lediglich vom Großraum Frankfurt am Main durchbrochen, der sich mit dem Main-Taunus-Kreis und dem Hochtaunuskreis auf den Rängen zwei beziehungsweise acht als zweitstärkste deutsche Wirtschaftsregion etablieren kann und durch einen florierenden Arbeitsmarkt und eine leistungsfähige Wirtschaftsstruktur, getragen vor allem durch den starken Finanzsektor, überzeugt.

IW-Regionalranking 2022: Die Top Ten

Für das Regionalranking 2022 der IW Consult wurden die 400 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland anhand von 14 Indikatoren bewertet



Niveau: Punktzahl in den Bereichen Arbeitsmarkt, Lebensqualität und Wirtschaftsstruktur

Dynamik: Punktzahl für die jüngste Entwicklung

■ Niveau ■ Dynamik

Landkreis München	60,4	Kiel	58,5
Main-Taunus-Kreis	56,0	Landkreis Tirschenreuth	57,5
München	56,0	Speyer	56,6
Landkreis Tirschenreuth	55,6	Erlangen	56,0
Erlangen	55,5	Leverkusen	54,6
Landkreis Starnberg	55,3	Wiesbaden	54,4
Coburg	55,2	Wuppertal	54,1
Hochtaunuskreis	54,6	Offenbach am Main	53,6
Landkreis Miesbach	54,5	Landkreis Dithmarschen	53,3
Landkreis Ebersberg	54,4	Dortmund	53,2

Punkte: Eine Region, die bei allen Indikatoren jeweils den Mittelwert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50; Zeitraum Dynamikranking: Zwei Jahre bis zum jüngsten verfügbaren Wert, variiert je nach Verfügbarkeit der Daten für die einzelnen Indikatoren

Quelle: IW Consult
© 2022 IW Medien / iwd

Die Stadt Frankfurt selbst verpasst auf Platz zwölf knapp den Sprung in die Top Ten – vor allem aufgrund leichter Abstriche im Bereich der Lebensqualität: Viele 30- bis 50-Jährige wandern aus der Region ab, die Zahl der Straftaten ist überdurchschnittlich hoch, es fehlt an naturnahen Flächen und die Stadt ist hoch verschuldet.

Regionale Gruppen lassen sich aber nicht nur im vorderen Bereich des Rankings erkennen, sondern auch am Ende: Mit Oberhausen, Herne, Duisburg und Gelsenkirchen werden vier der letzten zehn Ränge von Ruhrgebietsstädten belegt, Norddeutschland ist mit Delmenhorst, Neumünster, Wilhelmshaven und Bremerhaven ebenfalls viermal vertreten.

Dass die Platzierungen aber nicht in Stein gemeißelt sind, sondern sich auch bislang ökonomisch schwache Regionen verbessern können, zeigt das Dynamikranking, das die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen in den jüngsten zwei Jahren betrachtet:

Am dynamischsten aller deutschen Städte und Kreise entwickelt sich Kiel – die Hafenstadt verbesserte sich im Vergleich zum IW-Regionalranking 2020 um 123 Plätze.

Vor zwei Jahren gehörte Kiel auf Platz 390 noch zu den Schlusslichtern – zahlreiche Investitionen haben die Strahlkraft des Standorts seitdem aber deutlich erhöht. So weist die Stadt die höchste Steigerung der Lebensqualität auf und kann auch bei den Gewerbeansiedlungen punkten. Vielversprechende Stadtentwicklungsprojekte, die neue und zukunftsfähige Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben schaffen, lassen den Wirtschaftsstandort zudem attraktiver werden.

Insgesamt landen viele Städte und Landkreise im Westen und Norden sowie der Großraum Ber-

IW-Regionalranking 2022: Regionen mit Entwicklungspotenzial

Diese Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland, die im Niveauranking schwach abschneiden, zeigen die dynamischste Entwicklung

Kiel (267)	58,5
Wuppertal (378)	54,1
Landkreis Dithmarschen (282)	53,3
Dortmund (364)	53,2
Koblenz (216)	53,1

Punkte: Eine Region, die bei allen Indikatoren jeweils den Mittelwert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50; in Klammern: Platzierung im Niveauranking

Quelle: IW Consult
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

lin-Brandenburg auf den vorderen Plätzen des Dynamikrankings – Regionen, die wie Kiel in vorherigen Niveaurankings eher hinten zu finden waren. Aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus bieten sie besonders viel Potenzial für wirtschaftlichen Aufschwung. Neben Kiel sind auch zwei Städte im Ruhrgebiet besonders stark im Kommen (Grafik):

Wuppertal und Dortmund zählen trotz vieler wirtschaftlicher Probleme zu den dynamischsten Regionen Deutschlands.

Die beiden Städte belegen zwar nur Rang 378 beziehungsweise 364 im Niveauranking, punkten als Aufsteigerregionen aber unter anderem mit dem bundesweit stärksten Rückgang der privaten Verschuldung der Einwohner sowie damit, dass die Bevölkerung weniger stark altert als anderswo.

Dagegen haben mehrere süddeutsche Regionen im Laufe der Corona-Pandemie viel von ihrem früheren wirtschaftlichen Schwung verloren – drei der zehn am wenigsten dynamischen Regionen liegen sogar im sonst so starken Bayern.

Es ist allerdings wahrscheinlich, dass es sich dabei eher um temporäre

Effekte der Corona-Pandemie handelt. Häufig ist das schwache Abschneiden im Dynamikranking auf die coronabedingten Ausfälle der Gewerbesteuer zurückzuführen, der wichtigsten Einnahmequelle für die Haushalte der Kreise und Kommunen: Im Jahr 2020 sanken die Einnahmen aus der Gewerbesteuer bundesweit um 10,1 Milliarden Euro, das entsprach einem Verlust von rund 18 Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau.

Ohne neuerliche Lockdowns und andere Einschränkungen, die der Pandemie zuletzt zuzuschreiben waren, dürften die Gewinne der Unternehmen aber wieder steigen und die Gewerbesteuererinnahmen damit auf das ursprüngliche Niveau zurückkehren. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die aktuellen Probleme in den internationalen Lieferketten infolge der Pandemie und des Ukraine-Kriegs gemeistert werden können.

Aus IW-Trends 2/2022

Johannes Ewald, Vanessa Hünne Meyer, Hanno Kempermann: Wie hat die Corona-Pandemie Deutschlands Regionen verändert?
iwoeln.de/regionalranking_2022

Interview. Im Dynamikvergleich des aktuellen IW-Regionalrankings liegt Kiel auf dem ersten Platz. Welche Maßnahmen in der Stadtentwicklung dafür ausschlaggebend waren, warum die Hafenstadt vor allem für junge Menschen attraktiv ist und warum es Städte wirtschaftlich oft schwerer haben als Landkreise, erklärt **Ulf Kämpfer**, Oberbürgermeister von Kiel und stellvertretender Präsident des Deutschen Städtetags.



„Kiel startet jetzt erst richtig durch“

Finden Sie, Kiel ist eine dynamische Stadt?

Wir sind vermutlich nicht die dynamischste Stadt in Deutschland – das ist letztendlich aber auch schwer objektiv zu messen. Aber ich würde sagen, dass wir zu den 10 Prozent der dynamischsten deutschen Städte gehören.

Kiel hat sich in der Corona-Pandemie dynamischer entwickelt als alle anderen deutschen Städte und Kreise. Können Sie diese Entwicklung an konkreten Dingen festmachen?

Das ist schwer zu sagen, da man die meisten Strategien ja nicht in zwei Jahren, sondern eher in zehn bis 20 Jahren umsetzt. Ich bin seit 2014 Oberbürgermeister und habe die ersten Jahre meiner Amtszeit auch damit verbracht, Projekte meiner Vorgänger umzusetzen. Mittlerweile habe ich selbst zahlreiche Projekte angestoßen – die sind dann aber auch erst in vielen Jahren fertig. Wir planen zum Beispiel gerade ein milliardenschweres, hochwertiges ÖPNV-System – die erste Linie wird aber erst in den

2030er Jahren eröffnet werden. Vielleicht wird dann irgendwann einer meiner Nachfolger sagen können, wie dynamisch Kiel gerade ist – aufgrund von Projekten, die ich lange vorher auf den Weg gebracht habe.

Solche langfristig ausgelegten Pläne führen dazu, dass es in Untersuchungen wie dem IW-Regionalranking zu Verzerrungen kommen kann. Ein Beispiel: Wir haben beim Indikator Lebensqualität unter anderem so stark zugelegt, weil sich der Anteil der Grünflächen in Kiel stark erhöht hat. Das hängt aber wohl mit einem großen Konversionsgebiet zusammen, in dem viele Wald- und Wasserflächen liegen und bei dem die Stadt Kiel vor einem Jahr Eigentümer geworden ist. Das Gelände gehörte vorher dem Bund und stand den Bürgerinnen und Bürgern bereits seit sieben Jahren offen. Für die Kieler hat sich also nichts verändert, trotzdem sind wir im Ranking deswegen aufgestiegen.

Viele Städte in der Bundesrepublik hatten und haben wirtschaftlich mit den Folgen der Corona-

Krise zu kämpfen. Warum gilt das nicht für Kiel?

Wir haben innerhalb der vergangenen acht Jahre eine ganze Menge getan, um die Robustheit unserer Wirtschaft zu erhöhen. Und die Wirtschaftsstruktur hat sich schon in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verändert, früher war sie in Kiel sehr stark auf Werften und deren Zulieferer ausgerichtet. Mittlerweile haben wir hier aber ein breites Wirtschaftsspektrum, was uns in der Corona-Krise enorm geholfen hat. In der Pandemie hatten wir kaum Arbeitsplatzverluste – die positive Entwicklung, die sich schon vor 2020 auf unserem Arbeitsmarkt gezeigt hat, hat sich aufgrund des hier stark vertretenen Gesundheitssektors sogar tendenziell noch beschleunigt.

Ich glaube, die dynamische Entwicklung Kiels war kein Strohfeuer, wir starten jetzt erst richtig durch. Das Kreuzfahrt- und Tourismusgeschäft kommt nach zwei schweren Jahren wieder ins Rollen. Und die Universitäten kehren zurück zur Präsenzlehre, sodass die Studenten nun auch wieder in der Stadt sind,



Foto: Pepe Lange

ein wichtiger Faktor für eine dynamische Entwicklung.

Beim Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen zwischen 2018 und 2020 liegt Kiel laut IW-Regionalranking auf Platz eins. Warum interessieren sich Unternehmen plötzlich so stark für Kiel als Wirtschaftsstandort?

Kiel besitzt fast alle Vorteile der größten deutschen Städte, aber nur wenige von deren Nachteilen. Auch wenn hier die Mietpreise wie überall steigen, ist Wohnen in Kiel zum Beispiel bei Weitem nicht so teuer wie in München oder in Köln. Wir sind ein sehr beliebter Standort für mittelständische Firmen, da ihnen hier die Suche nach Fachkräften nicht so schwerfällt wie anderswo, wo sie mit den ganz großen Playern konkurrieren müssen. Zudem ist unsere Wirtschaft digital gut aufgestellt. Wir haben beispielsweise in der IT-Branche mittlerweile mehr Arbeitsplätze als in der gesamten Industrie. Investoren und Firmen haben aus all diesen Gründen einen zweiten Blick auf die Stadt geworfen. Früher hatten wir eher das Image

einer grauen Maus, das hat sich stark gewandelt.

Trotzdem steht Kiel beim Wanderungssaldo der 25- bis 50-Jährigen noch schlecht da, in dieser Altersklasse verlassen deutlich mehr Menschen die Stadt als hinziehen. Ist Kiel als dauerhafter Wohnort dann doch nicht attraktiv genug?

Gerade für junge Leute ist Kiel sehr attraktiv. Wir haben vier starke Hochschulen, veranstalten jedes Jahr ein großes Start-up-Festival und die Digitale Woche, bieten alternative Kreativzentren und sind die einzige deutsche Großstadt am Meer. Im Jahr 2021 haben wir den deutschen Nachhaltigkeitspreis gewonnen, was unsere Klimaschutzbemühungen der vergangenen Jahre bestätigt. Zum Beispiel fahren unsere Fähren bald alle hybrid oder elektrisch. Für uns ist es ein echter Booster, dass wir in Bereichen, auf die junge Leute großen Wert legen – neben Nachhaltigkeit zum Beispiel auch Diversität und die Work-Life-Balance –, so stark sind, da wir so immer mehr Menschen bei der Wahl

ihres Wohnorts von Kiel überzeugen können.

Allerdings bilden wir an unseren Hochschulen nun mal Fachkräfte für den überregionalen Bedarf aus – seien es Lehrer, Ärzte, Juristen oder viele andere Hochqualifizierte. Insgesamt haben wir in der Stadt 35.000 Studenten aus ganz Deutschland, da kann man einfach nicht davon ausgehen, dass alle in Kiel bleiben – das ist das Schicksal von Hochschulstädten.

Doch es gelingt uns immer besser, die Menschen in der Stadt zu halten. So kehren mittlerweile viele Leute, die in Kiel aufgewachsen sind, hierher zurück. Kiel ist meist nicht die Adresse der Sehnsucht, aber die Leute bleiben inzwischen sehr oft hier – nicht aus Not, sondern ganz bewusst, weil sie sich hier wohlfühlen und insgesamt gute Rahmenbedingungen vorfinden.

Die letzten zehn Plätze des IW-Rankings werden ausschließlich von kreisfreien Städten belegt. Haben es Städte wirtschaftlich schwerer als Landkreise?

Grundsätzlich gibt es ebenso starke Städte wie schwache Landkreise. Wie Städte abschneiden, kann auch davon abhängen, wo man im Ranking die Stadtgrenze zieht – in Kiel haben wir zum Beispiel einen sehr starken Speckgürtel mit 100.000 Einwohnern, die nicht zu Kiel gehören. Würden diese dazugezählt, wären wir auch im Niveauvergleich des Regionalrankings deutlich weiter vorne. Man kann aber zumindest generell sagen, dass es Städte dahingehend schwerer haben, dass sich sozial Benachteiligte und arme Menschen eher in den Ballungszentren niederlassen. Indem sich die Städte dieser Menschen annehmen und auch viel Geld investieren, schultern sie gesamtgesellschaftliche Probleme, mit denen viele Landkreise nicht zu kämpfen haben.

Kinder gehen ins Geld

Konsumausgaben. Dass Kinder nicht nur ein Segen sind, sondern auch Geld kosten, wissen zwar alle Eltern. Wie hoch genau die Kosten sind, dürfte jedoch viele überraschen: Bis zum 18. Geburtstag kommen schon mal 150.000 Euro zusammen. Allerdings hängen die Ausgaben für den Nachwuchs sehr stark von den sozialen Verhältnissen ab.

Das Statistische Bundesamt hat nachgerechnet, wie viel Geld Eltern für ihre Kinder im Durchschnitt pro Monat ausgeben (Grafik):

In Deutschland haben Paare mit einem Kind im Jahr 2018 durchschnittlich 763 Euro pro Monat für die Konsumausgaben ihres Nachwuchses aufgewendet.

Dabei gilt: Je älter die Kinder, desto teurer. Reichen für ein bis zu sechsjähriges Kind 679 Euro monatlich, konsumieren Zwölf- bis 18-Jährige im selben Zeitraum für 953 Euro. Die Ausgaben für Versicherungen oder Vorsorge sind in dieser Summe noch nicht einmal berücksichtigt, ebenso wenig wie der Verdienstausschlag, wenn einer der Elternteile wegen

der Betreuung seine Berufstätigkeit zeitweise einschränkt oder ganz aufgibt. Die tatsächlichen Kosten sind deshalb noch um einiges höher.

Wie stark Kinder ins Geld gehen, wird allerdings erst dann deutlich, wenn man die Konsumausgaben der Kleinen mit den gesamten Konsumausgaben des Haushalts vergleicht, in dem sie leben. Von den 3.593 Euro, die einer dreiköpfigen Familie im Schnitt monatlich für den Konsum zur Verfügung stehen, entfallen 21,2 Prozent auf das Kind.

Leben in der Familie mehrere Kinder, steigt dieser Anteil zwar an, allerdings nur unterproportional: Eine Familie mit drei Kindern zum Beispiel verwendet rund 41 Prozent

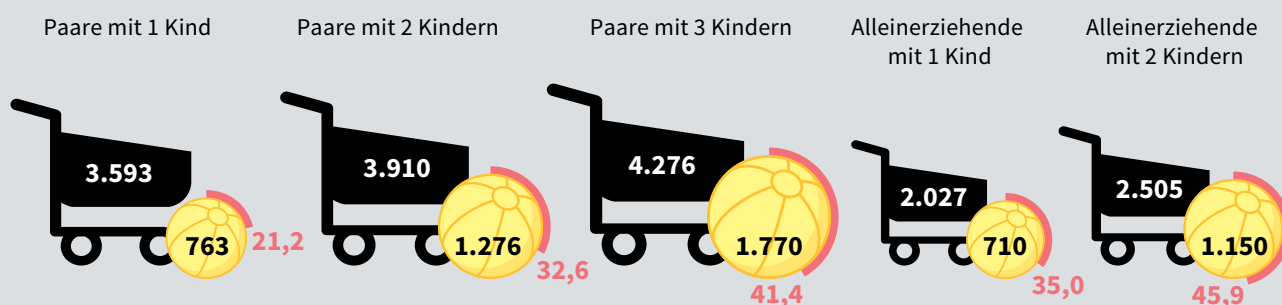
ihres Konsumbudgets von knapp 4.300 Euro für den Nachwuchs. Dass es nicht mehr als 60 Prozent sind, also das Dreifache des Anteils für ein Einzelkind, ist durchaus plausibel. Denn viele Anschaffungen, die fürs erste Kind gemacht werden, können von weiteren Kindern ebenfalls genutzt werden – seien es nun das Mobiliar im Kinderzimmer, die Kleidung oder das Spielzeug.

Wesentlich ungünstiger fällt die Rechnung für Alleinerziehende aus: Haben sie ein Kind, nimmt dessen Konsum im Schnitt 35 Prozent des zur Verfügung stehenden Budgets von rund 2.000 Euro in Anspruch. Bei zwei Kindern steigt der Anteil sogar auf gut 45 Prozent.

Konsumausgaben: Kinder kosten

Durchschnittliche Konsumausgaben der Haushalte in Deutschland im Jahr 2018 in Euro je Monat

■ Insgesamt ■ Ausgaben für ihr(e) Kind(er) ■ Ausgaben für ihr(e) Kind(er) in Prozent

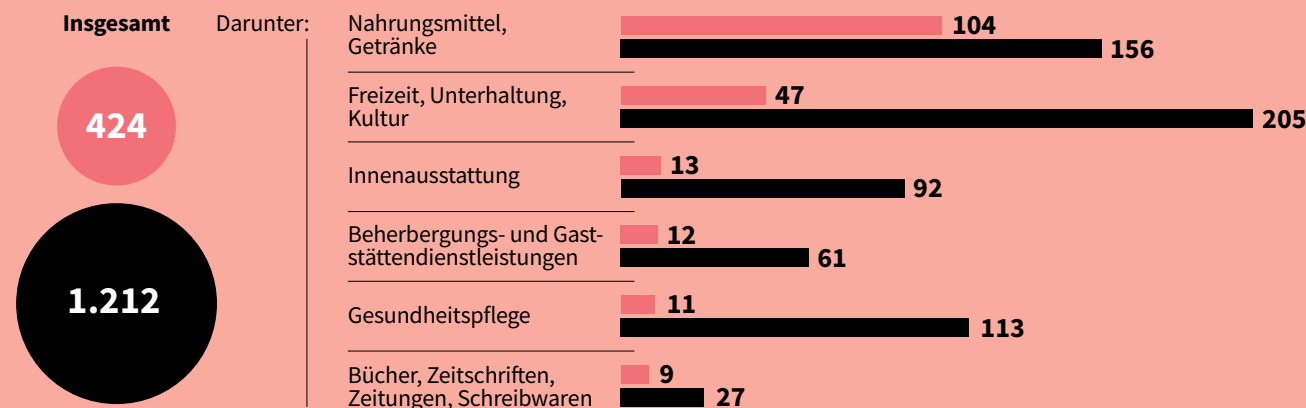


Konsumausgaben: Der soziale Faktor

So viel Euro je Monat gaben die Haushalte in Deutschland, deren Nettoeinkommen im ... aller Haushalte lag, im Jahr 2018 durchschnittlich für ein Kind aus



■ ... untersten Zehntel ■ ... obersten Zehntel



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Mehr als die Hälfte dieses Geldes, nämlich 60 Prozent, geben Allein-erziehende ausschließlich für die Deckung der Grundbedürfnisse ihrer Kinder aus, dazu zählen Ernährung, Kleidung und das Wohnen. Für die Freizeitgestaltung, Urlaube oder zusätzliche Bildungsangebote bleibt dementsprechend weniger übrig als bei Paaren, die maximal 50 Prozent des Konsumbudgets für die Kinder in die grundlegende Versorgung investieren.

Mit zunehmendem Alter ändern sich die Bedürfnisse der Kinder, was sich auch in den Konsumausgaben niederschlägt: Sind bei Eltern mit Kindern im Vorschulalter die Betreuungskosten noch ein größerer Kostenfaktor, fallen beim älteren Nachwuchs die Ausgaben für die Ernährung oder die Freizeitgestaltung stärker ins Gewicht.

Der Blick auf die Konsumausgaben für Kinder spiegelt die sozialen Verhältnisse wider, in denen sie aufwachsen. Je nachdem, wie hoch das Einkommen der Eltern ist, fällt auch das Budget für die Kinder ganz unterschiedlich aus (Grafik):

Eltern im zehnten, sprich einkommensstärksten Einkommenszehntel geben durchschnittlich fast dreimal so viel für ihre Kinder aus wie Eltern aus dem ersten, also dem einkommensschwächsten Zehntel.

Große Unterschiede zeigen sich insbesondere bei der Gesundheitspflege: Finanziell gut gestellte Familien lassen sich Medikamente, Arztkosten und therapeutische Angebote für ihren Nachwuchs rund zehnmals mehr kosten als Eltern aus finanziell einfachen Verhältnissen. Ein großes soziales Gefälle offenbaren auch die Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen: Urlaubsreisen oder Restaurantbesuche sind bei weniger verdienenden Familien oft nicht drin oder zumindest deutlich seltener.

Was die Freizeitgestaltung angeht, profitieren Kinder aus einkommensstarken Familien ebenfalls enorm: Hobbys wie das Erlernen von Musikinstrumenten, Sportangebote, Kinobesuche et cetera lassen sich diese Familien rund viermal so viel kosten wie

einkommensschwache Familien, bei Bildungsangeboten sind die Ausgaben rund dreimal so hoch.

Für die deutsche Wirtschaft wiederum bedeuten Kinder milliardenschwere Umsätze:

Allein die Ausgaben der Bundesbürger für die Baby- und Kleinkindausstattung in den ersten drei Lebensjahren belief sich im Jahr 2020 auf 2.450 Milliarden Euro.

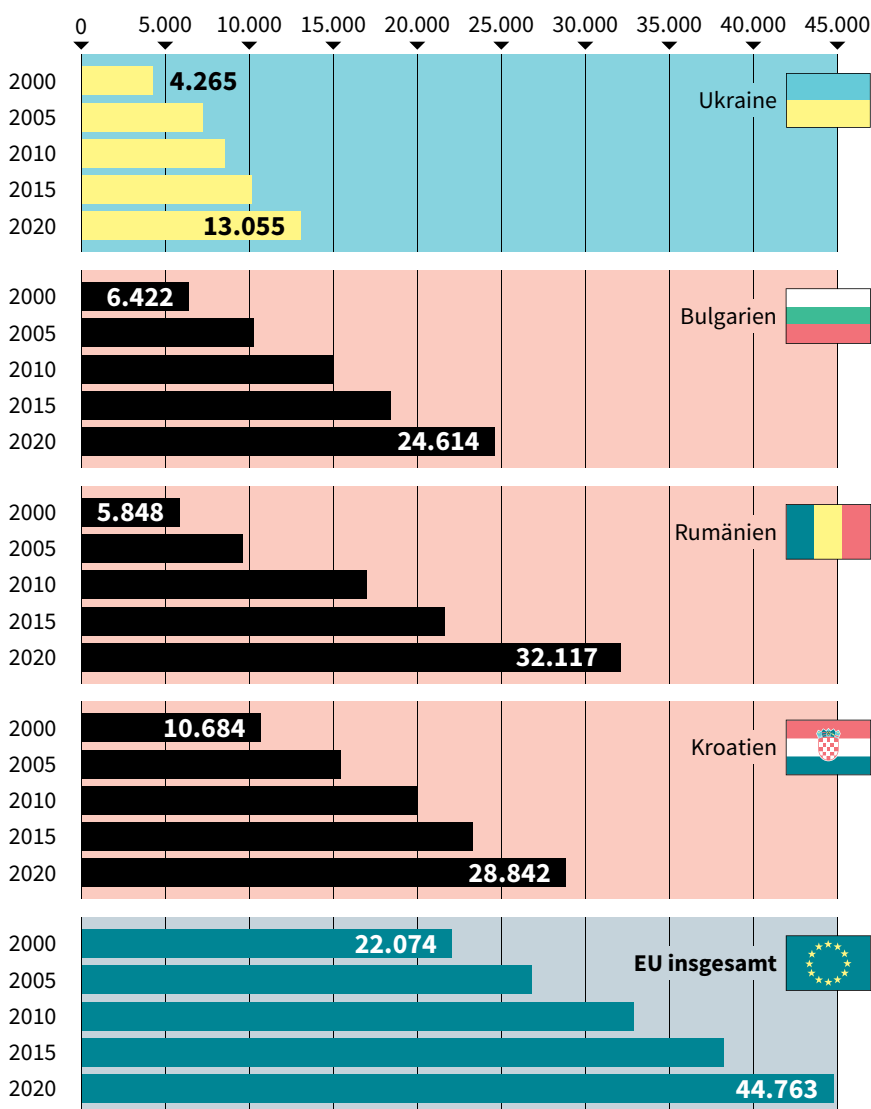
Das war allerdings etwas weniger als im Vor-Corona-Jahr 2019. Zurückgegangen ist 2020 zum Beispiel der Absatz von Kinderwagen und Autositzen – können keine Ausflüge gemacht werden, ist auch hier der Bedarf geringer. Im Jahr 2021 haben Eltern aber schon wieder mehr Buggys und Ähnliches gekauft. Auch der Umsatz mit Spielwaren ist gestiegen. Er betrug im vergangenen Jahr 3,8 Milliarden Euro und übertraf damit den Wert von 2020 nochmals leicht. In jenem Jahr hatte der Umsatz sogar um fast 9 Prozent zugelegt: Die im Lockdown festsitzenden Kinder mussten eben beschäftigt und – so gut es ging – bei Laune gehalten werden.

Hohe Hürden für EU-Beitritt

Ukraine. Kurz nach dem Überfall Russlands auf ihr Land hat die Regierung der Ukraine einen Antrag auf den Beitritt zur Europäischen Union eingereicht. Ein Selbstläufer wird das Beitrittsverfahren jedoch nicht – das legt zumindest ein Vergleich wirtschaftlicher Indikatoren zwischen der Ukraine und den zuletzt in die EU aufgenommenen Ländern nahe.

Wirtschaftsleistung: Ukraine fällt deutlich hinter jüngste EU-Mitglieder zurück

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Dollar, um Kaufkraftunterschiede bereinigt



Quelle: Weltbank
© 2022 IW Medien / iwd

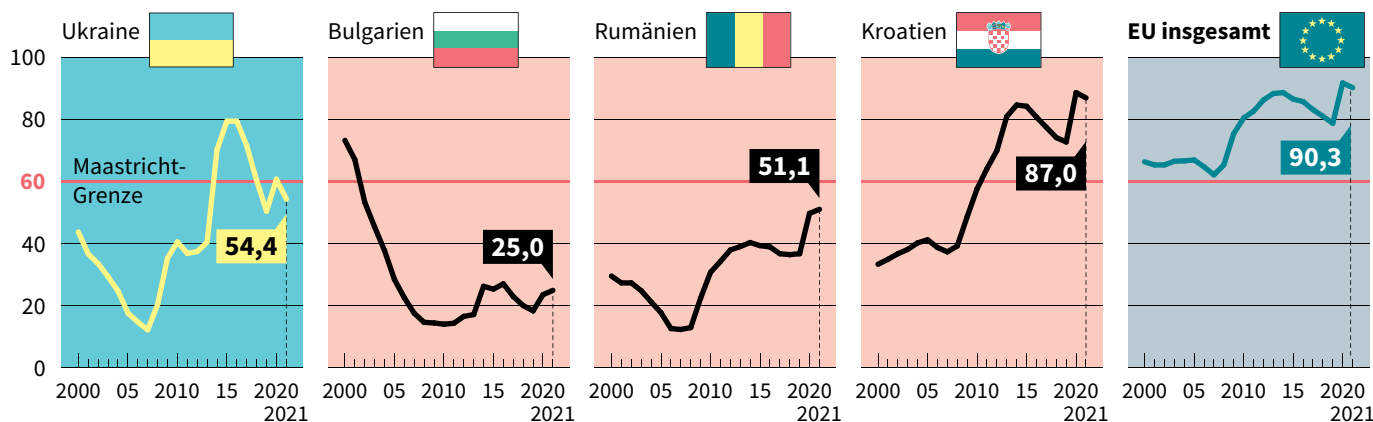
Am 28. Februar 2022 – nur vier Tage nach Kriegsbeginn – gab die Ukraine ihr Beitrittsgesuch in Brüssel ab. Das Land hat damit auch ein politisches Signal an Russland gesendet und hofft nun, dass die EU ihrerseits die Aufnahme der Ukraine zügig vorantreibt.

Fakt ist allerdings, dass nicht alle 27 EU-Mitgliedsstaaten einen sofortigen Beitritt der Ukraine befürworten – zu den Skeptikern gehört neben den Niederlanden und Frankreich auch Deutschland. Das EU-Parlament hat sich ebenfalls eher zurückhaltend geäußert und auf das seit 2017 bestehende Assoziierungsabkommen verwiesen, auf dessen Basis man zunächst die Integration der Ukraine in den europäischen Binnenmarkt weiter vorantreiben sollte.

Doch selbst dann, wenn alle Beteiligten das Ziel eines raschen EU-Beitritts der Ukraine unterschreiben würden: Ein solcher Schritt ist den EU-Statuten zufolge an drei Grundbedingungen geknüpft. Erstens müssen die Bewerber über stabile Institutionen sowie eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung verfügen, die Menschenrechte wahren und Minderheiten schützen. Zweite Voraussetzung ist eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbe-

Staatsverschuldung: In der Ukraine bislang moderat

Bruttoschuldenstand in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Maastricht-Grenze: Zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion der EU soll die Staatsverschuldung die Marke von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten

Quelle: Internationaler Währungsfonds
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

werbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten. Drittens müssen sich die betreffenden Länder auf die EU-Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion verpflichten. Als weiteres Kriterium muss sichergestellt sein, dass die EU die nötige Aufnahmefähigkeit hat, also auch in der vergrößerten Union die „Stoßkraft der europäischen Integration“ erhalten bleibt.

Die hohen Hürden für einen EU-Beitritt dürften auch erklären, warum die EU seit fast zehn Jahren keine neuen Mitglieder aufgenommen hat, obwohl es eine Reihe von offiziellen Beitrittskandidaten gibt – Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien sowie die Türkei.

Die früheren Erweiterungsrounds haben in jedem Fall gezeigt, dass die im zweiten Kriterium angesprochene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit potenzieller Beitrittsländer eine große Rolle spielt – auch deshalb, weil die EU viel Geld darauf verwendet, das Gefälle in Sachen Wohlstand und Wirtschaftskraft zwischen ihren Mitgliedsstaaten auszugleichen. Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, ökonomische Kennziffern der

Ukraine mit denen jener Länder zu vergleichen, die als bislang letzte in die EU aufgenommen wurden – Bulgarien, Rumänien (beide traten 2007 der EU bei) und Kroatien (Beitritt 2013). Einige Ergebnisse dieses Vergleichs:

Wirtschaftsleistung je Einwohner. Während die Wirtschaft in der Ukraine von 2000 bis 2007 noch auf einem ähnlichen Wachstumspfad war wie in Bulgarien und Kroatien, wurde der Abstand bezüglich des Wohlstandsniveaus danach immer größer (Grafik Seite 8):

Im Jahr 2020 betrug das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner in der Ukraine gut 13.000 Dollar – in Bulgarien war das Pro-Kopf-BIP annähernd, in Kroatien sogar mehr als doppelt so hoch.

Ein entscheidender Rückschlag für die Ukraine war die Annexion der Krim durch Russland sowie die Ausrufung der sogenannten Volksrepubliken im Osten des Landes im Jahr 2014. In deren Folge fiel ein erheblicher Teil der industriellen Wertschöpfung weg, Liefer- und Versorgungsketten wurden unterbrochen. Der aktuelle russische Angriffs-

krieg wird die Ukraine wirtschaftlich weiter zurückwerfen – Institutionen wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank prognostizieren für das Jahr 2022 einen Rückgang des ukrainischen BIP von 35 bis 45 Prozent.

Staatsverschuldung. Mit Blick auf die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion ist die Verschuldung in Relation zum BIP ein wichtiger Indikator. Prinzipiell soll die Schuldenquote unterhalb der 60-Prozent-Marke liegen – wenngleich diese Latte von mehreren etablierten EU-Mitgliedern und Euroländern regelmäßig gerissen wird (siehe Seite 12).

Die Ukraine stand diesbezüglich zuletzt recht gut da (Grafik):

Nachdem die Staatsverschuldung der Ukraine 2015 und 2016 fast 80 Prozent des BIP betrug, waren es im vergangenen Jahr nur noch gut 54 Prozent.

Damit lag der Wert beispielsweise deutlich unter dem Schuldenstand Kroatiens von 87 Prozent und noch klarer unter dem EU-Durchschnitt von gut 90 Prozent. Allerdings ist

Fortsetzung

völlig offen, wie sich die Schuldenlage der Ukraine infolge des Kriegs entwickeln wird.

Arbeitsmarkt und Bildung. Wo die Wirtschaft nicht ausreichend wächst, entstehen häufig auch zu wenige Jobs. Die Arbeitslosenquote in der Ukraine lag 2020 mit 9,1 Prozent im Jahresdurchschnitt dann auch gut 2 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt.

Dabei hat das Land viel Arbeitskräftepotenzial. Zwar ist der demografische Wandel auch in der Ukraine spürbar, doch die Bevölkerungsstruktur ist nach wie vor günstiger als in den Vergleichsländern (Grafik):

Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betrug in der Ukraine 2020 gut 67 Prozent – in Bulgarien, Kroatien wie auch im EU-Durchschnitt lag er nur bei etwa 64 Prozent.

Zudem ist der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die eine abgeschlossene Hochschulbildung haben, mit 57 Prozent außergewöhnlich hoch. In Rumänien haben lediglich gut 26 Prozent dieser Altersgruppe ein Studium absolviert, in der EU insgesamt sind es 41 Prozent. Allerdings ist der hohe Akademi-

keranteil in der Ukraine auch darauf zurückzuführen, dass es keine Alternative wie etwa eine duale Berufsausbildung nach deutschem Muster gibt.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Hier zeigen globale Rankings mehrere Schwachstellen der Ukraine auf. So belegte sie im Jahr 2020 nur Rang 64 des „Ease of doing business“-Indikators der Weltbank, der die Geschäftsfreundlichkeit und die Unternehmensregulierung eines Landes bewertet. Bulgarien, Rumänien und Kroatien lagen zwischen drei und 13 Plätzen weiter vorn. Zudem ist der Übergang von einer Plan- in eine Marktwirtschaft in der Ukraine weniger weit fortgeschritten als in den Vergleichsländern, wie der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung zeigt.

Nicht zuletzt hat die Ukraine in Sachen Korruptionsbekämpfung noch viel zu tun:

Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International lag die Ukraine im Jahr 2021 lediglich auf Platz 122 von 180 Ländern – Kroatien, Rumänien und Bulgarien schafften zumindest Rang zwischen 63 und 78.

Immerhin hat sich die Ukraine seit 2012 um 22 Plätze verbessert. Und auch der Anteil der Schattenwirtschaft ist rückläufig – von etwa 38 bis 43 Prozent des BIP im Jahr 2014 sank er bis 2019 auf knapp 30 Prozent. Dennoch muss das Hohe Gericht für Antikorruption, das 2019 seine Arbeit aufnahm, vor allem die Verbindungen von Oligarchen zur Regierung in den Blick nehmen, um die Korruption wirksam bekämpfen zu können.

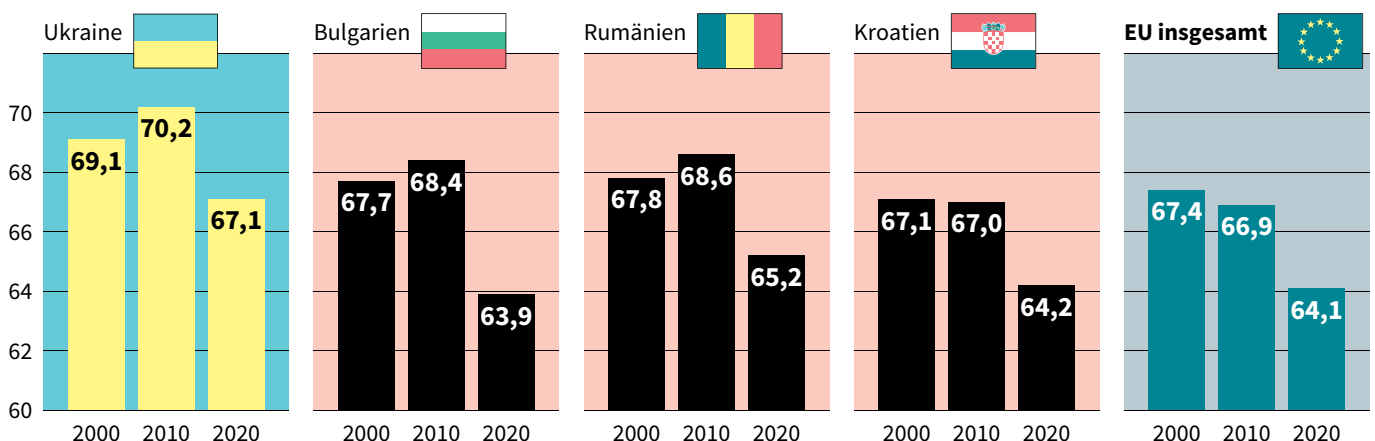
Unabhängig von der Problematik, ein sich im Krieg befindendes Land in die EU aufzunehmen, zeigt der Blick auf die wirtschaftliche Lage, dass die Ukraine auf absehbare Zeit große Schwierigkeiten haben dürfte, die Beitrittskriterien zu erfüllen. Das spricht gegen eine schnelle Aufnahme des Landes in die EU, allerdings nicht gegen eine starke wirtschaftliche und politische Kooperation zwischen den beiden Partnern.

IW-Report 32/2022

Melinda Fremerey: Die Ukraine als EU-Beitrittskandidat? Ein Vergleich wirtschaftlicher Indikatoren der Ukraine mit den letzten drei EU-Beitrittsländern
iwkoeln.de/ukraine_eu

Arbeitsmarkt: Ukraine hat viel Potenzial

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren in Prozent der Gesamtbevölkerung



Fossile Abhängigkeiten

China. Auch für das Reich der Mitte ist Russland ein wichtiger Energielieferant. In den vergangenen zehn Jahren sind die chinesischen Importe von Kohle, Öl und Gas aus Russland stark gestiegen, doch der Ukraine-Krieg könnte Peking nun politisch unter Druck setzen.

China ist der größte Energieverbraucher der Welt: Im Jahr 2020 betrug sein Primärenergieverbrauch rund 145 Exajoule, die USA als zweitgrößter Energienutzer kamen auf knapp 88 Exajoule, Deutschland auf gut 12. Chinas wichtigste Energiequelle ist Kohle, auf sie entfielen im Jahr 2020 fast 57 Prozent des chinesischen Energieverbrauchs. Längst kann China die fossilen Energien, die es verbraucht, nicht mehr selbst fördern – das Land ist stark abhängig von ausländischen Energielieferungen. Vor allem die Importe aus Russland haben zuletzt stark zugelegt (Grafik):

Die Anteile der chinesischen Importe von Kohle, Öl und Gas aus Russland haben sich zwischen 2010 und 2020 mehr als verdoppelt.

Russland war im Jahr 2020 mit 33,7 Millionen Tonnen Chinas drittgrößter Kohlelieferant. Mehr Kohle importierte Peking nur aus Australien (38,1 Prozent) und Indonesien (27,4 Prozent). Weil Australien Forderungen nach einer Untersuchung des Coronavirus-Ursprungs unterstützt hatte, verhängte China im Herbst 2020 jedoch einen inoffiziellen Boykott gegen die Einfuhr australischer Kohle. Im Jahr 2021 wurde deshalb fast gar keine australische Kohle mehr eingeführt, stattdessen steigerte China die eigene Förderung sowie die Importe aus Russland und Indonesien.

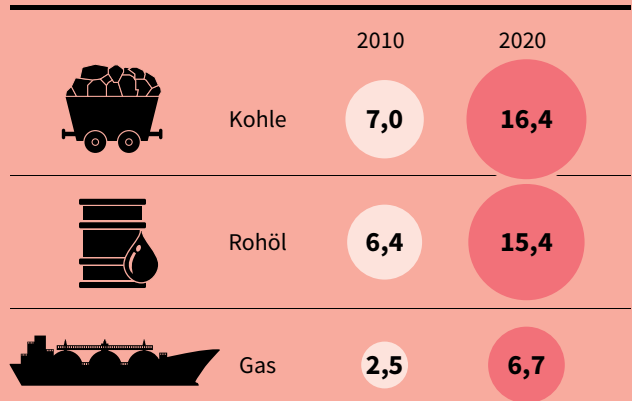
Mit einem wertmäßigen Anteil von rund 26 Prozent an den gesamten chinesischen Kohleimporten im Jahr 2021 ist Russland nunmehr auf Platz zwei der wichtigsten Kohlelieferanten Chinas aufgerückt.

Bereits 2020 war Russland Chinas zweitgrößter Öllieferant, beim Gas rangierte Moskau auf Platz drei. Künftig dürfte zudem deutlich mehr russisches Gas nach China exportiert werden: Ein 30-Jahre-Liefervertrag, der im Februar 2022 zwischen den beiden Staaten geschlossen wurde, sieht die Ausfuhr von zusätzlich zehn Milliarden Kubikmeter russischen Gases pro Jahr vor. Zudem sind weitere Projekte zur Steigerung der Gaslieferungen Richtung China geplant.

Russland ist außerdem der größte Empfänger chinesischer Auslandshilfen: Zwischen 2000 und 2014 stellte

China: Zunehmende Abhängigkeit von Russland

So viel Prozent der chinesischen Energieimporte stammten aus Russland



Quellen: UN Comtrade, Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd



Peking Moskau insgesamt 36,6 Milliarden Dollar an Darlehen und Zuschüssen zur Verfügung, die vor allem in die Infrastruktur des russischen Energiesektors flossen. Und zahlreiche Projekte der chinesischen Belt-and-Road-Initiative in Russland konzentrieren sich auf fossile Brennstoffe.

China steht damit vor einem schwierigen Balanceakt: Einerseits ist Russland ein wichtiger Energielieferant für Peking und dessen größter politischer Verbündeter, andererseits machte der Warenhandel mit Russland im Jahr 2021 gerade einmal 2,4 Prozent des gesamten chinesischen Warenhandels. Die EU und die USA sind Chinas wichtigste Handelspartner, die beide zumindest irritiert wären, falls China nachweislich die wegen des Ukraine-Kriegs verhängten Sanktionen des Westens gegen Russland unterlaufen würde.

IW-Kurzbericht 45/2022

Sonja Beer: Chinesisch-russische Partnerschaft iwkoeln.de/china_energie

Schuldenmachen weiter erlaubt

EU-Schuldenregeln. Die EU-Kommission hat beschlossen, den Stabilitätspakt 2023 noch nicht wieder in Kraft zu setzen. Damit dürfen sich die Mitgliedsstaaten weiterhin großzügig verschulden, ohne Ärger mit Brüssel zu bekommen. Das ist – angesichts des Kriegs in der Ukraine – eine nachvollziehbare Strategie, allerdings nur dann, wenn sie mit Reformen einhergeht.

Der im Jahr 1997 eingeführte Stabilitätspakt begrenzt das jährliche Haushaltsdefizit auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die Gesamtverschuldung des Staates auf 60 Prozent des BIP. Vor zwei Jahren, zu Beginn der Corona-Pandemie, hatte die EU-Kommission entschieden, diese Regeln bis Ende 2022 nicht anzuwenden, damit die einzelnen EU-Staaten ihre Wirtschaft und die Bürger während der Krise besser unterstützen können.

Tatsächlich haben die meisten Mitgliedsländer der Eurozone während der Pandemie kräftig neue Schulden gemacht und die Mehrheit wird im Jahr 2023 die Marke von 60 Prozent reißen (Grafik):

Nach Prognosen der EU-Kommission werden im kommenden Jahr elf der 19 Euroländer einen Schuldenstand von mehr als 60 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung haben – auch Deutschland.

Ende Mai hat die EU-Kommission vorgeschlagen, den ausgesetzten Stabilitätspakt nicht – wie ursprünglich geplant – Anfang 2023 wieder in Kraft zu setzen, sondern erst ein Jahr später. Hintergrund sind die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine: Hohe Energiepreise, Engpässe bei der Rohstoffversorgung und in den Lieferketten sowie vor allem ein drohender Ausfall der Gasversorgung führen nicht nur zu hohen Kaufkraftverlusten, sondern auch zu weiteren Angebotsengpässen in der Industrie.

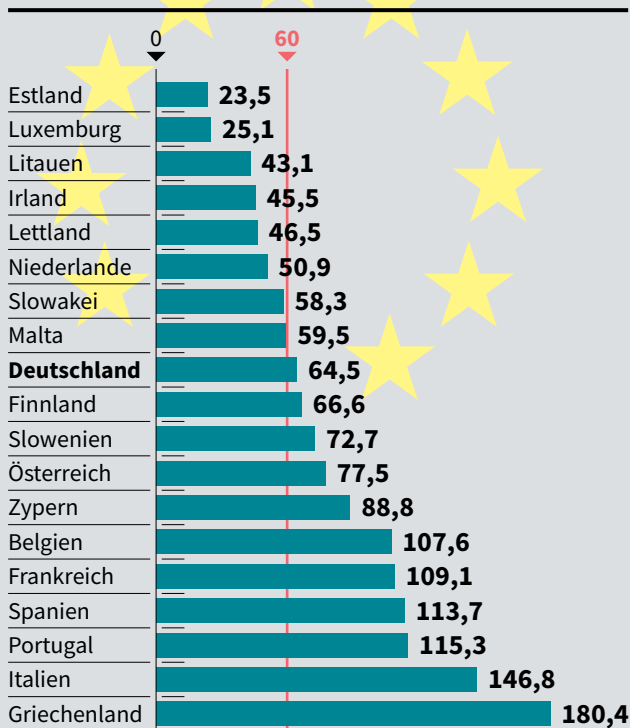
Deshalb und aufgrund der großen Unsicherheit ist es ein richtiger Schritt, die Aussetzung noch ein Jahr zu verlängern. Denn in der aktuellen Situation wäre es ökonomisch schädlich, insbesondere hoch verschuldete Euroländer wie Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Frankreich durch das Beharren auf den Schuldenregeln zu einer wachstumsdämpfenden Konsolidierung ihrer Staatshaushalte zu zwingen.

Allerdings sollte die Pause bis 2024 auch dazu genutzt werden, den Stabilitätspakt zu reformieren. Zwar kann die 60-Prozent-Grenze bestehen bleiben, doch hoch verschuldeten Staaten sollte nicht nur – wie heute – exakt 20 Jahre Zeit gegeben werden, um ihr Defizit entsprechend zu reduzieren, sondern die Anpassungszeit sollte flexibel gehandhabt werden.

Fehl am Platz sind auch Ausnahmen für staatliche (grüne) Investitionen – selbst dann, wenn sie in den klimafreundlichen Umbau fließen. Verschuldete Staaten hätten dadurch einen Anreiz, so viele Ausgaben wie möglich als ökologisch zu deklarieren. Doch auch grüne Schulden sind Schulden.

Staatsschulden: Nur wenige Euroländer halten die Grenze ein

Prognostizierter Schuldenstand der Euroländer 2023 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: EU-Kommission
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Verspätete Zinswende

Europäische Zentralbank. EZB-Chefin Christine Lagarde hat für Juli 2022 eine geringfügige Zinserhöhung angekündigt. Auch wenn sich die aktuellen Inflationstreiber – wie die durch den Ukraine-Krieg gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreise – nicht per se durch höhere Zinsen bekämpfen lassen, hätte die EZB früher handeln sollen.

Mit Blick auf die Inflationsrate im Euroraum von derzeit 8 Prozent scheint die Sache klar: Von Preisstabilität ist keine Rede mehr, die EZB muss gegensteuern und die Zinsen anheben. Doch das Dilemma der Notenbank ist, dass damit die Wirtschaft der Euroländer in die Rezession getrieben und die Arbeitslosigkeit steigen würde. Viele Euroländer sind hoch verschuldet und würden durch steigende Zinsen finanziell stark belastet.

Die EZB hat sich daher für ein äußerst vorsichtiges Umsteuern entschieden (Grafik):

Im Juli wird die EZB die Leitzinsen voraussichtlich um 0,25 Prozentpunkte anheben – der Haupt-

refinanzierungssatz, der wichtigste Leitzins der EZB, würde dann erstmals seit Februar 2016 über der Nullmarke liegen.

Die EZB verweist allerdings darauf, dass höhere Zinsen weder durch Corona unterbrochene Lieferketten reparieren noch den Krieg in der Ukraine mit seinen Folgen für Energie- und Nahrungsmittelpreise beenden können.

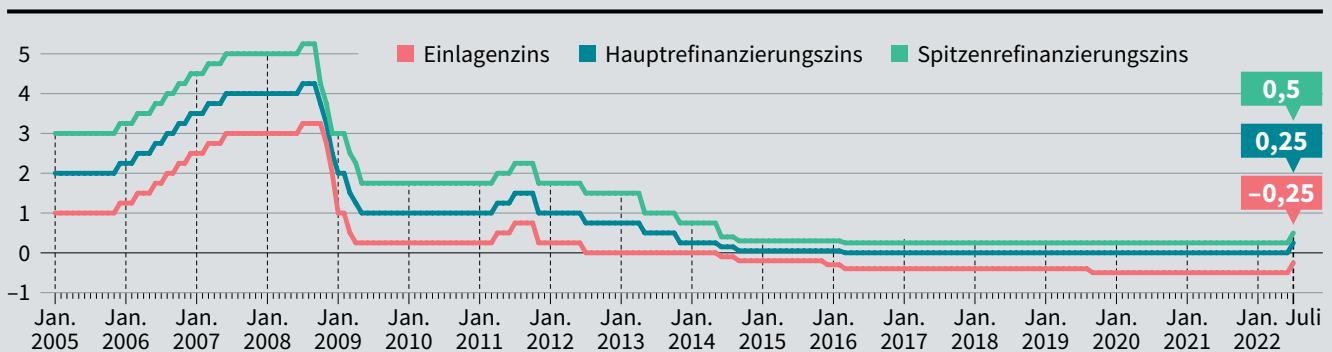
Dennoch kommt die Zinswende reichlich spät. Denn schon seit einiger Zeit ist klar, dass die gestiegenen Inflationsraten kein vorübergehendes Phänomen sind. Zudem haben die privaten Haushalte viele zu Beginn der Corona-Pandemie verschobene Ausgaben nachgeholt

und waren bereit, zum Beispiel für lang ersehnte Urlaubsreisen mehr Geld auszugeben. Damit haben sie manche Preiserhöhungen erst ermöglicht. Ein rechtzeitiges geldpolitisches Gegensteuern hätte den Preisaufrieb abmildern können.

Für Sparer wird sich die Situation trotz der ersten Leitzinsanhebung seit 2011 vorerst kaum verbessern – die Zinsen bleiben zu niedrig, um den Kaufkraftverlust durch die hohe Inflation auszugleichen. Allerdings sind weitere Zinserhöhungen in diesem und im kommenden Jahr zu erwarten. So könnte dann Ende 2023 das von der EZB angestrebte Inflationsziel von 2 Prozent wieder in Sichtweite kommen.

Europäische Zentralbank: Die Nullzinsphase geht zu Ende

Leitzinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) in Prozent pro Jahr



Juli 2022: voraussichtlicher Wert
 Einlagenzins: Zins, den Banken erhalten (bzw. bei negativem Zins: zahlen müssen), wenn sie bis zum nächsten Geschäftstag Geld bei der EZB hinterlegen
 Hauptrefinanzierungszins: Satz, zu dem sich Banken eine Woche lang Geld bei der EZB leihen können
 Spitzenrefinanzierungszins: Satz, zu dem sich Banken bis zum nächsten Geschäftstag Geld bei der EZB leihen können

Quelle: Europäische Zentralbank
 © 2022 IW Medien / iwd

Ein Schwergewicht mit Standort Sorgen

Chemische Industrie. Die Chemiebranche zählt zu den traditionell starken Industriezweigen der deutschen Wirtschaft und ist auch in Krisenzeiten ein sicherer Arbeitgeber. Allerdings haben sich in den vergangenen Jahren die Standortbedingungen hierzulande verschlechtert – auch wegen der hohen Strompreise.

Chemieunternehmen sind in Deutschland regional fest verankert und hochinnovativ, wovon hierzulande auch viele weitere Wirtschaftszweige profitieren. Schließlich steht die Chemie als Grundstoffproduzent für viele Branchen am Anfang der Wertschöpfungskette und ist ein wichtiger Zulieferer: Jeder Euro direkte Wertschöpfung, der von Unternehmen der chemischen Industrie erwirtschaftet wird, stößt

mehr als 1 Euro zusätzliche Wertschöpfung in der deutschen Wirtschaft an.

Durch die Vorleistungstätigkeit hat die Chemieindustrie auch einen großen Effekt auf die allgemeine Beschäftigung: Jeder Arbeitsplatz in der chemischen Industrie ist mit 2,6 weiteren Arbeitsplätzen in der Gesamtwirtschaft verbunden. Insgesamt lassen sich der deutschen Chemie damit 787.461 Arbeitsplätze

zurechnen. Zudem müssen die Arbeitnehmer in der Branche selten um ihren Arbeitsplatz bangen (Grafik Seite 15):

Zwischen 2010 und 2018 stieg die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in der Chemie von 493 auf 549 Millionen und damit um gut 11 Prozent.

Sogar in Krisenphasen – wie der Finanzkrise 2009, der Euro-Schuldenkrise 2012/2013 und der Industrierezession, die 2018 begann – schrumpfte das Arbeitsvolumen um sehr viel weniger als die reale Bruttowertschöpfung in der Branche. Ihren Anteil an allen im Verarbeitenden Gewerbe geleisteten Arbeitsstunden konnte die Chemie seit 2010 sogar leicht ausbauen.

Seit jeher gehört die Chemieindustrie auch zu den exportstarken Branchen und weist einen anhaltenden Handelsbilanzüberschuss auf. Allerdings haben sich die Standortbedingungen für die Unternehmen in den vergangenen Jahren offensichtlich verschlechtert. Ein Beleg dafür ist, dass sich die Investitionen der Chemieindustrie am hiesigen Standort – im Gegensatz zu den Direktinvestitionen im Ausland – weniger dynamisch entwickelt haben

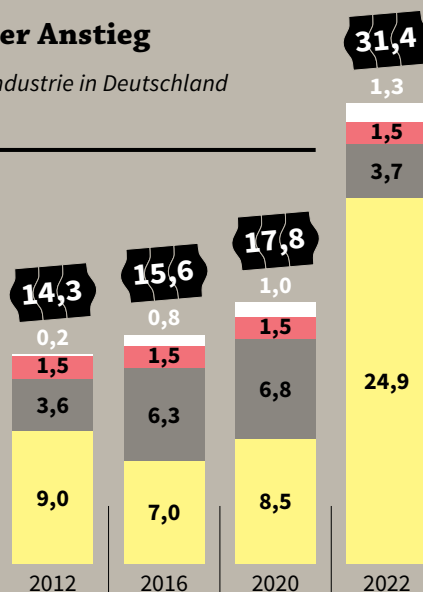
Industriestrompreis: Steiler Anstieg

Durchschnittlicher Strompreis für die Industrie in Deutschland in Cent pro Kilowattstunde

Insgesamt

- Weitere Abgaben und Umlagen
- Stromsteuer
- EEG-Umlage
- Beschaffung, Netzentgelt, Vertrieb

Weitere Abgaben und Umlagen: Konzessionsabgabe, Offshore-Netzumlage, StromNEV-Umlage, Umlage für abschaltbare Lasten;
2022: Durchschnitt Januar bis April



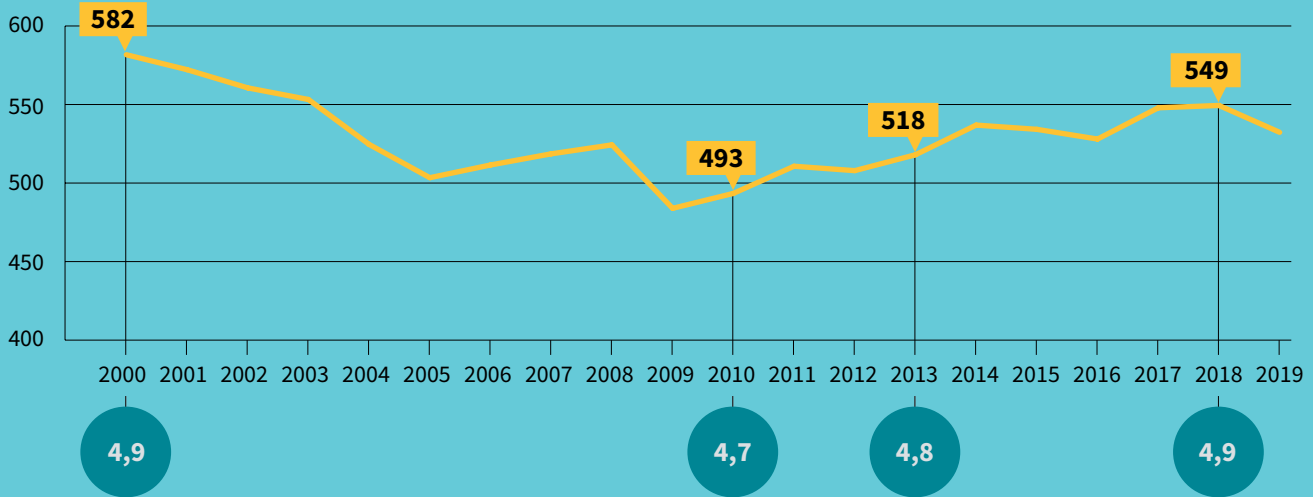
Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Chemieindustrie: Ein sicherer Arbeitgeber

Geleistete Arbeitszeit der Erwerbstätigen in den Unternehmen der Chemieindustrie in Deutschland in Millionen Stunden

■ Anteil am Verarbeitenden Gewerbe in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt:

Die realen Investitionen der Chemiebranche in Deutschland sind von 2010 bis 2019 nur um knapp 12 Prozent gestiegen – im gesamten Verarbeitenden Gewerbe betrug der Zuwachs im selben Zeitraum nahezu 40 Prozent.

Neben anderen Faktoren wie der Regulierung im Baurecht und langen Genehmigungsverfahren beeinträchtigen seit einigen Jahren vor allem die hohen Energiekosten die Investitionstätigkeit am Standort D (Grafik Seite 14):

Zwar ist die Belastung durch die EEG-Umlage schon deutlich gesunken – trotzdem steigt der Strompreis in Deutschland für

Industrieunternehmen kontinuierlich an.

Chemiefirmen, die zur Minderung von Treibhausgasemissionen auf Strom umsteigen wollen, sind damit einer hohen Abgabenbelastung ausgesetzt – es sei denn, sie werden als „stromintensiv“ eingestuft und dadurch zumindest von der EEG-Umlage und der Stromsteuer entlastet.

Schon jetzt ist die Chemie für etwa ein Fünftel des Industriestromverbrauchs verantwortlich. Da auch andere Industriezweige, der Verkehrssektor und die Gebäudewärme künftig mehr Strom aus erneuerbaren Energien benötigen, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren, ist der zusätzliche Bedarf an grünem Strom enorm.

Damit die Emissionen der chemischen Industrie in Deutschland im Jahr 2050 auf null sinken können, werden 628 Terawattstunden erneuerbar erzeugter Strom pro Jahr benötigt.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Chemieunternehmen nicht weiter zu gefährden, braucht die energieintensive Branche mit Blick auf die Politik mehr Verlässlichkeit und Vorhersehbarkeit in Sachen Klimaschutz. Grüner Strom muss künftig in großen Mengen verfügbar sein und viel günstiger werden.

IW-Report 31/2022

Jan Büchel et al.: Branchenportrait der Chemischen Industrie in Deutschland
iwkoeln.de/branchenportrait-chemie

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche



Prozent

der im Jahr 2021 in Deutschland fertiggestellten rund 103.000 Wohngebäude werden ganz oder teilweise mit erneuerbaren Energien beheizt. Im Vorjahr lag der Anteil noch um knapp 2 Prozentpunkte darunter, 2015 waren es erst 61,5 Prozent. In gut 55 Prozent der neuen Wohnimmobilien kommen beim Heizen sogar überwiegend erneuerbare Energien zum Einsatz. Meist geschieht dies über Wärmepumpen, die seit einigen Jahren boomen: War Geothermie 2015 nur in gut 31 Prozent der Neubauten die primäre Heizenergiequelle, ist das jetzt in rund der Hälfte der Fall. Von allen neuen Ein- und Zweifamilienhäusern haben sogar rund 54 Prozent eine Wärmepumpe, während die im vergangenen Jahr errichteten Mehrfamilienhäuser nur zu knapp einem Drittel auf diese Art beheizt werden. Zweitwichtigste Energiequelle für Neubauten des Jahres 2021 ist Erdgas mit 34,3 Prozent – im Jahr 2015 lag der Anteil allerdings noch bei 51,5 Prozent. Vornehmlich mit Fernwärme werden 8 Prozent der neuen Wohngebäude beheizt, während Ölheizungen lediglich noch in 0,6 Prozent der Neubauten – das sind gerade einmal 611 Häuser – für Wärme sorgen.

Top-Liste: Umsatzstarke Fußballklubs

Die europäische Fußball-Saison 2021/2022 ist beendet. Im letzten internationalen Vereinsmatch der Spielzeit, dem Finale der UEFA Champions League, besiegte Real Madrid den FC Liverpool knapp mit 1:0. Die Prämie für den Sieger betrug 21 Millionen Dollar – zusammen mit dem Startgeld und weiteren an das Abschneiden gekoppelten Zahlungen spülte der Gewinn der Trophäe den Madrilenen so rund 86 Millionen Dollar in die Kassen. Das waren immerhin etwa 13 Prozent des gesamten Vorjahresumsatzes: Mit fast 641 Millionen Dollar in der Saison 2020/2021 lag Real Madrid auf Platz zwei der umsatzstärksten Vereine, nur Manchester City kam noch auf rund 4 Millionen Dollar mehr. Auf Rang drei rangierte mit dem FC Bayern München der einzige deutsche Verein der Top Ten. Dominiert werden die Umsatz-Champions von Vereinen der englischen Premier League, der international bekanntesten Liga: Von ihnen sind gleich fünf in der Spitzengruppe vertreten.

Die Umsatz-Champions des Fußballs

So viele Millionen Dollar Umsatz erzielten die zehn weltweit umsatzstärksten Fußballvereine in der Saison 2020/2021



Quelle: Deloitte © 2022 IW Medien / iwd